

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Brinnerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4596. — Postkassentortr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,
Tauscher Straße 10/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschritt 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Russisch-polnischer Waffenstillstand in Sicht!

Waffenstillstand zwischen Polen und Rußland.

Berlin, 25. Juli. (T.U.) Ein Funkpruch aus Moskau meldet, daß das Oberkommando der roten russischen Armee ein von Tschitscherin unterzeichnetes Telegramm erhalten habe, das den Oberkommandierenden beauftragt, sofort mit dem Oberkommando der Polen Verhandlungen über den Abschluß eines Waffenstillstandes einzuleiten und Friedensverhandlungen vorzubereiten.

Nach einem in Paris aus Moskau eingetroffenen Funkpruch sieht sich die rote Armee bereits zurück.

Professurkundgebung gegen die Auslieferung Bela Khuns.

Berlin, 25. Juli. (T.U.) Am Sonnabendnachmittag fand im Volkspark eine von den Unabhängigen und Kommunisten veranstaltete Demonstration für den in Schwabmünde festgehaltenen ungarischen Rätediktator Bela Kun statt, die sehr starke Beteiligung aufwies.

Die ungarische Regierung hat an die deutsche Reichsregierung das Ersuchen gerichtet, ihr Bela Kun auszuliefern. Die deutsche Regierung hat zu dem Verlangen bisher noch nicht Stellung genommen. Man will, ehe man entscheidet, die rechtlichen Grundlagen der Auslieferung prüfen.

Wie nehmen an, daß diese „Prüfung“ nur eine Formalität ist, wie sie das internationale Recht vorschreibt. Wäre sie mehr, so müßte die Regierung sich auf einen entschlossenen Widerstand der deutschen Arbeiterklasse gefaßt machen.

Berlin, 26. Juli. (Eigene Meldung der V. U.) Der Fall Bela-Kun, den die deutsche Regierung mit einer bürokratischen Korrektheit behandelt hat, die sie selbstamerweise niemals gegen Kappverbrecher aufbringen kann, wird nun doch noch seine glückliche Lösung finden. Die österreichische Regierung und auch die Sowjet-Vertretung in Berlin erkennen das rein rechtmäßige Verhalten der deutschen Regierung an, und so wird die Angelegenheit sich weiterhin rein streng und rein rechtlich entwickeln. Bela-Kun wird aus dem Transport ausgesondert und als politischer Verbrecher behandelt werden. Als solcher ist er gegen das Auslieferungsverlangen Ungarns geschützt, er wird dann als flüchtiger Ausländer ausgewiesen werden und hat die Wahl der Grenze, an die er abtransportiert werden will.

So unser Berliner Korrespondent. Ebenso heißt es in einer längeren Wiener Meldung, die Wolffs Bureau verbreitet:

Sowohl bekannt ist, beabsichtigt die Reichsregierung, den Volkskommissar nicht, wie es in Oesterreich im Wege eines Vertrags geschah, das Asylrecht einzuräumen, sondern sie als ungewünschte Ausländer abzuschaffen und nach ihrer eignen Wahl an eine Grenze zu stellen.

Aus einer Meldung der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilisangene geht hervor, daß außer Bela Kun sich auch noch der ehemalige ungarische Volkskommissar Alois Gabor bei dem Transport befand und zurückgehalten wurde. Nach Mitteilungen der bisherigen ungarischen Vertretung befindet sich ein Kurier mit dem Auslieferungsbegehren der ungarischen Regierung bezüglich Bela Khuns auf der Fahrt nach Berlin. „Das Begehren wird auf Grund des beigubringenden Materials genau geprüft werden,“ sagt die Reichszentrale.

Wie nehmen, wie gesagt, an, daß die Prüfung nur eine Formalität sein wird. Die österreichische Regierung hat bekanntlich die Auslieferung der ehemaligen Volkskommissare bereits verweigert und damit gezeigt, daß das Verlangen der ungarischen Regierung unberechtigt ist, daß den Verfolgten als politische Flüchtlinge Asylrecht gebührt.

Anschläge auf die deutsche Neutralität!

Deutsche Kriegshilfe für Polen um Polen.

Die Freiheit teilt mit:
„Wie uns von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, sind Bestrebungen von einflussreicher Seite im Gange, die deutsche Regierung zur aktiven Teilnahme an polnisch-russischen Kriegen zu veranlassen. Im Falle einer militärischen Unterstützung Polens gegen Sowjetrußland soll Deutschland die Provinz Polen zurückhalten. In der Absicht einer solchen „Verständigung“ zwischen Deutsch-

land und der Entente sind namentlich die in Berlin weilenden Interrevolutionären russischen Emigranten tätig, die eine „heilige Allianz“ zum Kampfe gegen Sowjetrußland zu schaffen bestrebt sind und die Ansicht propagieren, daß es sehr leicht möglich sei, auf der angegebenen Basis eine Verständigung zwischen Deutschland, Polen und dem bürgerlichen Rußland herzustellen.

Wir werden auf die Einzelheiten des schmählichen Planes, der auf die Entfesselung eines neuen Krieges unter Teilnahme Deutschlands hinauslaufen würde, noch zurückkommen. Zunächst wollen wir nur feststellen, daß die deutsche Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit sich mit aller Entschiedenheit gegen die Verwirklichung des verbrecherischen Planes wenden würde, unter diesen oder jenen Beschuldigungen am Kriege gegen Sowjetrußland teilzunehmen und Deutschland in ein neues Abenteuer zu verwickeln. Sollte es in der Regierung Leute geben, die offen oder inogehem den erwähnten Plan zu fördern beabsichtigen, so sei ihnen mit aller Klarheit gesagt, daß die deutsche Arbeiterklasse kein Mittel unversucht lassen wird, um die Durchführung dieses Planes zu vereiteln.

Die Arbeiterklasse im ganzen Reich und namentlich in den östlichen Provinzen rufen wir zur erhöhten Wachsamkeit und Tatkraft auf, denn es ist keineswegs ausgeschlossen, daß die Regierung aus Furcht vor der Empörung der Arbeiterklasse zwar jeden offensenen Schritt in der Richtung der Ententewünsche unterläßt, aber gleichzeitig Unternehmungen duldet, die unter dieser oder jener Maske auf eine Verletzung der Neutralität Deutschlands und auf die Förderung des militärischen Abenteuers gegen Sowjetrußland hinauslaufen würden.“

Dr. Dorten auf Anordnung des Reichsgerichts verhaftet.

Wiesbaden, 26. Juli. (T.U.) Der sogenannte Präsident der Rheinischen Republik, der frühere Rechtsanwalt Dr. Dorten, wurde gestern aus seiner hiesigen Villa entführt. Drei Beamte kamen im Auto vorgefahren und zwangen Dr. Dorten, der gerade beim Mittagessen lag, mit ihnen das Auto zu bestiegen, das in der Richtung nach dem unbesetzten Gebiet fuhr. Die Festnahme Dr. Dortens erfolgte auf Anordnung des Reichsgerichts in Leipzig, das dem Polizeipräsidenten in Frankfurt a. M. mit dieser Maßnahme beauftragt hatte. Dr. Dorten soll bereits in Belgien einmündig sein.

Frankfurt a. M., 26. Juli. Der Polizeipräsident Ehrler erklärte, nach einer Meldung des Echo de Rhin, daß Dr. Dorten gestern in Wiesbaden verhaftet und in das unbesetzte Gebiet gebracht worden sei, für richtig. Er habe einen Haftbefehl des Reichsanwalts gegen Dorten durch seine Beamten ausführen lassen.

Wieder freigelassen.

Berlin, 26. Juli. (T.U.) Wie der Lokal-Anzeiger hört, ist Dr. Dorten auf Veranlassung der deutschen Regierung wieder auf freien Fuß gesetzt worden. — Ob ein Protest der Entente gegen die Verhaftung im besetzten Gebiet erfolgt ist?

Wo die Waffen stecken.

Ein neues Waffenlager der Reichspolizisten.

Aus Braunschweig wird dem Vormärts vom 24. Juli gemeldet:

„Bei dem Studenten Faust, dem Hauptschuldigen der kürzlich aufgedeckten verbotenen Waffenschlebung in Braunschweig, wurde heute infolge vorliegender dringender Verdachtsmomente eine Hausdurchsuchung abgehalten, die vier komplette Maschinengewehre und 4000 Schuß Munition in Gurt anjutage förderte. Der Student Faust ist zur Zeit nicht auffindbar! Ein Teil der Waffen wurde ihm gestern in das Haus gebracht. So fiel den Hausbewohnern auf, daß eine umfangreiche schwere Rüstung bei Einbruch der Dunkelheit dort bei ihm abgegeben wurde.“

Der Schwindel der Volksabstimmung.

Amsterdam, 24. Juli. Aus Brüssel wird folgende Savoy-Reuter-Meldung verbreitet: Bei der in den Kreisen Eupen und Malmedy veranstalteten Volksabstimmung haben von 3372 Stimmberechtigten im ganzen 270 gegen die Einverleibung in Belgien protestiert.

Die Abstimmung entbehrt aller Garantien gegen die Verewaltung der Stimmenden. Sie sollten öfentlich Protest erheben. Da die belgische Verwaltung schon seit langem gegen alle Proteste mit den Mitteln schlimmsten Terrors vorging, so ist das Resultat ohne weiteres verständlich. Es kann keinen wirklichen Anspruch Belgiens auf die beiden Kreise begründen.

Deutschland und die Ukraine.

Die deutsch-ukrainischen Beziehungen sind ein Schulbeispiel für die Politik der Zweideutigkeit, die die auswärtige deutsche Politik von jeher ausgezeichnet hat, die aber in besonders hohem Maße stets im Osten Anwendung gefunden hat. Im Februar 1918 hat im Frieden von Brest-Litowsk die deutsche Regierung den ukrainischen Staat geschaffen und damit im ukrainischen Volke die Hoffnung geweckt, daß auch die künftige deutsche Politik die Selbständigkeit der Ukraine anerkennen werde. Der Einmarsch der deutschen Truppen im Frühjahr 1918 gegen die russischen Bolschewisten sollte die Ukrainer bald eines Besseren belehren. Die kaiserliche Regierung hatte die selbständige Ukraine nur zu ihrem eigenen Interesse geschaffen, nur um sie gegen Rußland auszuspielen zu können. Jetzt scherten sich die militärischen Machthaber den Teufel um ukrainische Volksvertretung und sonstige demokratische ukrainische Einrichtungen. Sie unterfügten den erzreaktionären General Storopadski, der zum Hetmann der Ukraine ernannt wurde, und nun begann unter Ludendorffs Schutz der Wiederaufbau des alten, reaktionären Rußlands in der Ukraine, während die deutschen Truppen unter dem General Eichhorn sich als Eroberer gebärdeten, und das Land nach Herzenslust ausplünderten. Ungeheure Mengen von Kindern und Kleinvieh, Brotgetreide und Futtermitteln wurden von der deutschen Regierung requiriert und mit wertlosen Requisitionsscheinen bezahlt. Alles von dem Land, mit dem man im Frieden lebte. Der November 1918 brachte zunächst einen Umschwung. Der Hetmann, der sich nicht mehr auf reaktionäre Truppen stützen konnte, mußte einer Volksregierung weichen und die deutschen Volksbeauftragten erkannten das ukrainische Direktorium offiziell an und nahmen die Beziehungen zur ukrainischen Regierung auf. Der ukrainische Gesandte wurde in Berlin anerkannt. Es schien bald, als wenn eine klare und offene Politik gegen die Ukraine einsehen sollte, aber bald hatten die reaktionären Kräfte im auswärtigen Amt wieder alle Fäden in der Hand. Sie bemühten sich, das zaristische Rußland wieder aufzurichten, in Berlin konnte sich ein russischer Generalfstab niederlassen und Befehle abgeben, der unbehaglichen ukrainischen Volksregierung zeigte man schnell wieder die kalte Schulter, ja, man verweigerte ihr den Heimtransport der ukrainischen Gefangenen, obwohl man seit langen Monaten die diplomatischen Beziehungen zur Ukraine hergestellt hatte. Als der russische reaktionäre General Denikin in seinem Feldzug gegen Sowjetrußland zunächst die Ukraine unterwarf, fand er nicht nur im Reichswehrministerium, sondern auch im auswärtigen Amt offenes und geheimes Wohlwollen, ja wahrscheinlich auch tatkräftige Unterstützung.

Durch diese ihre zweideutige Haltung hat die deutsche Regierung viel zur Verwirrung der Lage im Osten beigetragen. Sie hat die ukrainische Regierung haltlos gemacht, hat sie überall in ihrem Tun behindert, hat sich gegen die demokratischen und sozialdemokratischen Vertreter des ukrainischen Volkes stets ablehnend verhalten, den Reaktionären stets ein offenes Ohr geschenkt und schließlich das Volk dessen Recht auf eigene Nationalität sie selbst durch Schaffung eines besonderen Staatswesens anerkannt hatte, durch plötzliche völlige Nichtachtung seiner nationalen Selbständigkeit in schwere Konflikte gebracht.

Die deutsche Regierung hat auf diese Weise dem deutschen Volke das Vertrauen eines Volkes verfehrt, in dessen Lande die für uns so dringend notwendigen gewaltigen Vorräte an Brotgetreide, an sonstigen Nahrungsmitteln lagern. Die zweideutige Politik der deutschen Regierung hat schließlich die ukrainische Regierung Pelsuras — über deren Rechtmäßigkeit wir hier kein Urteil abgeben wollen, das hätte das ukrainische Volk zu tun — zu den verhängnisvollsten verzweifeltsten Abenteuern getrieben. Die deutsche Regierung war prädestiniert dazu, nachdem sie mit Sowjetrußland Frieden geschlossen hatte, vermittelnd in den Konflikt zwischen Rußland und der Ukraine einzugreifen und eine Lösung zu finden. Das war eine politische Aufgabe von hohem Wert. Allen drei Völkern wäre damit gedient gedient gewesen. Statt dessen gab man in Deutschland sich stets zur Unterstützung aller russisch-reaktionären Mächte her, stellte sich dagegen nicht nur feindselig gegen die Sowjetregierung, sondern auch gegen die ukrainische Volksregierung.

So trägt die deutsche Regierung Schuld daran, wenn die ukrainischen Politiker in ihrer Verzweiflung sich in das Wahnsinnsabenteuer der polnischen Bundesgenossenschaft stürzten. Ernsthaft ukrainische Politiker haben von vornherein in diesem Unternehmen, in dem die Ukraine gemeinsam mit Polen gegen Sowjetrußland marschierte, eine